kanzlers saß der französische Botschafter Hr. Herbette; dann folgten: der russische Botschafter Graf v. d. Osten, der Fürst v. Pleß, der sächsische Gesandte Graf v. Hohenthal, der Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan, der Legationssekretär Graf Nemes v. Hidvég, der Vizeoberceremonienmeister Graf v. Kanitz, geh. Legationsrat Kammerherr v. Mohl und Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Zur Linken des Hrn. Reichskanzlers saßen: der Italienische Botschafter Graf Lanza, der Englische Botschafter Sir Frank Cavendish Lascelles, der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. v. Boetticher, der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Nordamerika Jackson, der Kaiserl. und Königl. Österreichisch-Ungarische Botschaftsrat Dr. Velics v. Lasz-lófalva, der Wirkl. Legationsrat v. Eichhorn, der Hofmarschall Frhr. v. Reischach, der Wirkl. Legationsrat v. Lindenau und der Prinz Franz v. Ratibor.

— Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski hatte heute vormittag sowohl mit dem Reichskanzler als auch mit dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall eine längere Unterredung. Das Frühstück nahm der Minister beim österreichischen Botschafter v. Szögyenyi-Marich ein und besuchte nachmittags den Reichstag. — Der Hr. Minister soll sich über das im Reichstage versammelte Kränzchen von 40 Abgeordneten höchst anerkennend ausgesprochen haben!

— Der Deutsche Botschafter in Wien, Graf zu Eulenburg, ist aus Anlaß der Vermählung des Flügeladjutanten Sr. Majestät des Kaisers, Grafen v. Moltke, in Berlin eingetroffen. — Daß der Botschafter an den Verhandlungen der deutschen Staatsmänner mit dem Grafen Goluchowski teilnehmen wird, ist nicht unwahrscheinlich; der Zweck seiner Reise scheint aber diese Teilnahme nicht zu sein.

— Infolge des gestern mitgeteilten Fraktionsbeschlusses der freikonservativen Partei, betreffend die fakultative Zivilehe, sind die Herren Freiherr v. Gültlingen und Graf Bernstorff aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch ausgeschieden und seitens der Fraktion durch die Herren Pauli und Müller (Harburg) ersetzt worden.

— Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Zuckersteuervorlage beriet heute den § 70, welcher die Exportprämie betrifft. Von einem Teil des Zentrums wurde eine Herabsetzung der Prämie auf 1,85 bez. 2,20 M. beantragt. Von der Regierung und den Freunden der Vorlage, insbesondere den Konservativen, wurde dieser Antrag lebhaft bekämpft. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. In der morgigen Sitzung soll die Regierung einen Voranschlag über den finanziellen Effekt der gemachten Vorschläge vorlegen. — Die „Berl. Pol. Nachr." urteilen sehr optimistisch über die Zukunft der Zuckersteuervorlage, indem sie schreiben: Nach der klaren Sachlage ist an einer Einigung der Mehrheitsparteien nicht mehr zu zweifeln. Auch über die Form der Kontingentierung ist man schon zu einer vorläufigen Einigung gekommen.

— Die Budgetkommission des Reichstags erledigte heute den Marine-Etat. Nach einer ausführlichen Rede des Staatssekretärs Hollmann, in welcher er die gemachten Aufwendungen als dringend notwendig zu Gunsten des Auslandsdienstes erklärte, wurden bewilligt: für den Betrieb der Flotte rund 12½ Millionen Mark, zur Instandhaltung der außer Dienst befindlichen Schiffe 7½ Millionen Mark und zur Instandhaltung der in Dienst befindlichen Schiffe 4¾ Millionen Mark. — Bei der Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern, zu der man überging, beantragte Abg. Dr. Lieber dem Entwurfe für das nächste Jahr folgenden neuen § 7 anzufügen: „Übersteigen die den Bundesstaaten zustehenden Überweisungen aus den Erträgen an Zöllen, Tabaksteuer, Branntweinverbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben, sowie an Reichsstempelabgaben für Wertpapiere u. s. w. die aufzubringenden Matrikularbeiträge, so ist die Hälfte des Überschusses zur Verminderung der Reichsschuld zurückzuhalten. Bei Ermittelung des Unterschiedes zwischen dem zu Überweisungen verfügbaren Betrage und den Matrikularumlagen werden von den letzteren abgesetzt: a) die von einzelnen Bundesstaaten zur Reichskasse zu zahlenden Ausgleichungsbeträge; b) diejenige Summe von 12 683 130 M., für welche die Bundesstaaten durch Mehrüberweisungen aus dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuer im Etatsjahre 1894/95 bereits Deckung empfangen haben. Die Verminderung der Reichsanleihe erfolgt durch entsprechende Absetzung vom Anleihebetrage, soll. Soweit geeignete Anleihekredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushaltsetat Bestimmung getroffen. — Außerdem wird die Summe, welche gemäß § 8 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 der Reichskasse von dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer verbleibt, für das Etatsjahr 1895/96 behufs Verminderung der Reichsschuld von 130 Millionen Mark auf 143 Millionen Mark erhöht." Die Beratung über diesen Antrag wurde vertagt.

— Aus dem Gesetzentwurfe, betreffend die Regelung der Richtergehälter, welcher dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen ist, ist als bemerkenswert hervorzuheben der § 8, welcher lautet: „Die Ernennung der Gerichtsassessoren erfolgt nach Maßgabe des für den höheren Justizdienst bestehenden Bedarfs. Die Referendare, welche die große Staatsprüfung bestanden haben, aber nicht zu Gerichtsassessoren ernannt werden, erhalten ein Zeugnis über das Bestehen der Prüfung und scheiden mit der Zustellung dieses Zeugnisses aus dem Justizdienst aus; sie sind befugt, die Bezeichnung als Assessor zu führen." In der Begründung zu diesem Paragraphen heißt es, die Vorschrift habe den Vorteil, daß zwar wissenschaftlich befähigte, aber persönlich nach Lebenserfahrung, Takt, Umsicht und Unabhängigkeit nicht geeignete Elemente fern gehalten werden könnten.

— Hrn. Richter ist die Gründung des berühmten „Schutzverbandes gegen agrarische Übergriffe" gar nicht recht. Die Gründe sind in einem stark entwickelten Futterneid gegen die Partei der „freisinnigen Vereinigung" zu erblicken. In der „Freisinnigen Zeitung" läßt sich der Führer der „freisinnigen Volkspartei" wie folgt vernehmen: „Es ist . . . . höchst auffallend, daß man Abgeordnete der freisinnigen Volkspartei, an deren Namen im Kampf gegen die Agrarier jeder Sitzungstag der Parlamente erinnert, nicht zu der konstituierenden Versammlung eingeladen hat. Alle vorbereitenden Schritte sind geschehen im Einklang mit der Geschäftsleitung der Freisinnigen Vereinigung, aber ohne die geringste Benachrichtigung oder Verständigung mit der Leitung der Freisinnigen Volkspartei. Abg. Fischbeck, der gerade in der Börsenkommission in erster Reihe den Kampf gegen die die Ehre des Kaufmannsstandes verletzenden Bestimmungen zu führen hat, verdankt die Möglichkeit seines Erscheinens nur dem Umstand, daß der Redaktion der „Freisinnigen Zeitung" sechs Stunden vor der Versammlung eine Eintrittskarte übersandt wurde. Dabei begnete er noch Schwierigkeiten, zu Worte zu kommen und hatte mit Schlußanträgen zu kämpfen. Während in dem führenden Komitee die Freisinnige Vereinigung durch Männer ihres geschäftsleitenden Ausschusses vertreten ist, hat man aus der Freisinnigen Volkspartei nur Personen in Vorschlag gebracht, welche der Parteileitung in Berlin völlig fern stehen. Alles dies ist nicht sehr vertrauenerweckend in Bezug auf die zweckmäßige Art eines weiteren Vorgehens zur Bekämpfung der Agrarier. Man muß sich schließlich doch sagen, daß das nächste und wirksamste Mittel, die Agrarier zu bekämpfen, doch sein müßte, die politischen Gegenparteien derselben unmittelbar zu stärken." — Vertrauenerweckend ist das Unternehmen der Herren um Bamberger überhaupt nicht.

— Das preußische Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Lesung des Etats bei dem der Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen fort; in Verbindung damit wurden die Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes im Jahre 1895 und der Antrag Motty, die baldthunlichste Aufhebung dieses Gesetzes in die Wege zu leiten, beraten. Berichterstatter Abg v Pappenheim (kons.) legt auf Grund der Denkschrift die Entwickelung des Ansiedelungsgeschäfts dar; die Budgetkommission habe sich mit den Leistungen zufrieden erklärt. Abg. v. Brodnicki (Pole) befürwortet den Antrag Motty; das Ansiedelungsgesetz sei eines der schlimmsten Ausnahmegesetze, hoc lege esse delendum sei das caterum censeo der Polen. Abg. Wizerski (Pole) erklärt es für politische Heuchelei, wenn man leugne, daß die Polen zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt würden. Das Ansiedelungsgesetz habe den Zwiespalt zwischen der deutschen und polnischen Nation erst geschaffen. Der Redner versichert, daß alle Verfolgungen ihn nicht dazu bringen würden, seine Kinder deutsch werden zu lassen. Abg. Seer (nl.) hebt hervor, daß die Wirkungen des Ansiedlungsgesetzes vorzüglich seien; an Stelle zerfallener Hütten seien saubere Höfe getreten. Es sei wünschenswert, in den übrigen Provinzen durch Vorträge für die Aufgabe der Ansiedlungskommission Propaganda zu machen. Abg. Eckels (nl.) betont gleichfalls, daß es bei dem Mangel an Ansiedlern notwendig sei, Kenntnis über die Wirksamkeit der Ansiedelungskommission zu verbreiten. Abg v. Glebocki (Pole) bestreitet, daß allgemeine Zufriedenheit über die mit dem Gesetz erzielten Erfolge herrsche. Wenn wirklich der polnische Adel dem Deutschtum gehässig sei, so hätte man ein Gesetz gegen diesen, nicht aber eins gegen den polnischen Arbeiter- und Bauernstand machen sollen, mit dem selbst Fürst Bismarck eine Verständigung für möglich gehalten habe. Das polnische Volk sei unglücklich, weil es die politische Selbständigkeit verloren habe; unglücklich sei aber auch ein Volk, das seine Macht nicht mit weiser Mäßigung ausübe. Abg. Im Walle (Z.) erklärt, daß das Zentrum das Ansiedlungsgesetz als der Verfassung widersprechend ansehe und es als einkämpfe, die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt und der Etat angenommen. — Der Etat der Staatsschuldenverwaltung, in Verbindung mit dem Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes, betreffend die Konsolidation der preußischen Staatsanleihen, wird ohne Debatte erledigt. — Es folgt der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, in Verbindung damit die Denkschrift, betreffend Ausführung der gesetzlichen Vorschriften über die Rückerstattung der Grundsteuerentschädigungen. Abg. Frhr. v. Dobeneck (kons.) beantragt, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, die Beschlüsse beider Häuser des Landtages vom Juni 1895 auf Annahme eines Gesetzentwurfs, durch den die Rückzahlungspflicht aufgehoben werden soll, Allerhöchstenorts zur Bestätigung vorzulegen. Abg. Jürgensen (nl.) tritt im Interesse des schleswig-holsteinischen Bauernstandes für die Aufhebung der Rückerstattungspflicht ein, welch letztere allerdings dem Gesetz entspreche, aber ein materielles Unrecht sei; ebenso der Abg. Groth (nl.). Finanzminister Miquel führt demgegenüber aus, daß er gerade den Schleswig-Holsteinern so weit als irgend möglich entgegengekommen sei. An dem im vorigen Jahre abgeschlossenen Kompromiß bezüglich des Gesetzes müsse festgehalten werden, eine große Gesetzgebung dürfe nicht zerstückelt werden. Abg. Frhr. v. Dobeneck (kons.) erklärt, daß er seinen Antrag zurückziehe, weil er zu weit gehe; die Aufhebung der Rückerstattungspflicht entspreche jedoch der Billigkeit, zumal das Gesetz nicht in allen Fällen so milde gehandhabt werde, als der Finanzminister es darstelle. Minister Miquel widerspricht dem; man dürfe von ihm nicht verlangen, daß er gewissermaßen gegen das Gesetz handle. Abg. Engelbrecht (freikons.) führt eine Anzahl von Fällen an, in denen die Rückzahlung mit großer Härte gefordert werde. Abg. Krause (nl.) legt an einer Reihe von Beispielen dar, daß der Finanzminister sehr weit entgegengekommen sei; vielleicht vermöchte er aber die Grenze, bis zu welcher die Rückzahlung erlassen werde, noch etwas erhöhen. Das Haus solle es bei dem wohlerwogenen Beschlusse von 1893, auf dem die geltenden gesetzlichen Vorschriften beruhten, bewenden lassen. Abg. Hansen (freikons.) führt aus, daß, wenn zwei Beschlüsse des Landtags sich hier gegenüber ständen, der alte Grundsatz entscheiden müsse: lex posterior derogat priori. Der Antrag der Kommission, die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären, wird angenommen, und ebenso der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.

Stuttgart, 12. März. Die Herzogin Albrecht von Württemberg ist heute abend von einem Prinzen entbunden worden.

Österreich-Ungarn.

Buda-Pest, 12. März. Wie das „Ungarische Correspondenzbureau" erfährt, gelten die neuerdings in der Ausgleichsfrage in Aussicht genommenen Ministerberatungen hauptsächlich der Handels- und der Zollfrage, da die Finanzfragen in den bisherigen Beratungen bis auf die Quotenfrage erledigt worden sind.

Frankreich

Paris, 11. März. Dem Herkommen gemäß hielt die Geographische Gesellschaft heute nachmittag im großen Hörsaale der neuen Sorbonne eine außerordentliche Sitzung ab, um den Prinzen Heinrich von Orleans und seinen Begleiter, den Lieutenant Roux, feierlich zu empfangen. Den Vorsitz führte der Astronom Janssen, Mitglied des Institut und Präsident der Gesellschaft. Die hierzu Eingeladenen fanden trotz der Größe des Saales nicht alle Platz und über 500 Personen mußten sich mit dem Aufenthalte in den Gängen begnügen. Besonders die Damen waren sehr zahlreich erschienen. Man bemerkte unter den Anwesenden auch den Prinzen Roland Bonaparte, den Gouverneur der Elfenbeinküste, Binger, und den früheren Gouverneur von Indo-China, Le Myre de Vilers. Hr. Janssen eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er an den alten Brauch erinnerte, die von Reisen heimkehrenden Forscher festlich zu empfangen, und sprach sich über die hauptsächlichsten Resultate der Reise des Prinzen Heinrich von Orleans aus, welche abgesehen von den mehreren tausend Kilometern bisher unbekannter Länder, die derselbe zurücklegt, in der kartographischen Aufnahme des Weges, in astronomischen Beobachtungen, ethnographischen Aufzeichnungen 2c. bestünden. Hierauf ergriff der Prinz das Wort und schilderte in anziehendem, langem Vortrage, auf welchen hier näher einzugehen unmöglich ist, seine Reise durch Indo-China, Yunnan und Birma. Sodann überreichte ihm der Vertreter des Kolonieministers und Direktor im Kolonieministerium, Roume, das Ritterkreuz der Ehrenlegion. Prinz Heinrich dankte und erklärte, „daß er in dieser Auszeichnung sowohl einen Lohn für die Vergangenheit, als eine Ermutigung für die Zukunft erblicke, und bei seinen zukünftigen Reisen mehr denn je von dem Gedanken und dem Wunsche getragen sein werde, sie im Interesse der Wissenschaft und zur Ehre des Vaterlandes auszuführen."

— Daß ein sozialistischer Abgeordneter bei einem Ausstande die Wiederaufnahme der Arbeit empfiehlt, kommt ohne Zweifel nicht alle Tage vor. Gelegentlich des Ausstandes der Bergleute von Ostricourt war gestern der sozialistische Abg. Basly in Dünkirchen anwesend, wo er von den Ausständigen mit Hochrufen auf den Streik empfangen wurde. In einer Versammlung jedoch, an welcher über 600 Arbeiter teilnahmen, ermahnte Hr. Basly die Anwesenden, an die Folgen der Fortsetzung des Ausstandes, an sich selbst, an ihre Familien, an den Handel und auch an die Bergwerksgesellschaft von Ostricourt zu denken, deren Lage keineswegs so glänzend sei, um die Forderungen der Ausständigen zu erfüllen. Redner entwarf ein äußerst trübes Bild von dem Ausstande, appellierte an die Einsicht der Streikenden und der anwesenden Frauen und forderte erstere auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, was denn auch mit großer Stimmenmehrheit beschlossen wurde. Und die Bergleute von Ostricourt haben Wort gehalten: Heute früh erschienen sie sämtlich bei der Arbeit.

Paris, 12. März. Die Pariser Handelssyndikate, eine mächtige alte Vereinigung, haben beschlossen, die Bezahlung der Einkommensteuer zu verweigern, falls sie eingeführt werden sollte. Der Widerstand soll mit allen Mitteln geleistet werden, sodaß der Fiskus auch mit Pfändungen nichts ausrichten könne.

— „Petite République" berichtet von heftigen Gegensätzen zwischen Minister Lockroy und den Admirälen, die sich allen seinen Anordnungen widersetzen. So drohe gegenwärtig Vizeadmiral Pronhet, Seepräfekt von Rochefort, seinen Abschied zu nehmen, wenn er in einer einfachen Dienstangelegenheit nicht seinen Willen gegen den Minister durchsetze.

— In der Nancyer Spionagesache wurden bisher acht Personen verhaftet, darunter mehrere Artillerie- und Genieunteroffiziere und Soldaten.

— Baron Alfons Rothschild war seit langen Jahren Schatzmeister der französischen Gesellschaft der Landwirte, einer vornehmen Verbindung, die etwa zehntausend Mittel- und Großgrundbesitzer umfaßt. Der umfassenden Agitation der „Libre Parole" ist es gelungen, Rothschild von dieser Stelle zu verdrängen. Bei der gestrigen Vorstandswahl wurde Devilmorin mit 2782 Stimmen zum Schatzmeister gewählt, während Rothschild bloß 1949 Stimmen erhielt. Der Verein antisemitischer Hochschüler feierte diesen Sieg mit lärmenden Straßenkundgebungen, die polizeiliches Einschreiten nötig machten.

— Das lange vorbereitete Fest der Micarême (Mitfasten), der Festzug der Künstler, Studenten und Wäscherinnen, ist verregnet. Wegen dieses Festes hält die Kammer heute keine Sitzung. Die nächsten Sitzungstage dürften sehr lebhafte Kämpfe bringen. Betreffs des Madagaskar-Vertrages hat sich die Regierung definitiv entschieden, denselben der Kammer nicht vorzulegen, dagegen sich bezüglich der Aufhebung der Sklaverei entgegenkommend zu zeigen und die allmähliche Abschaffung der Sklaverei zu verfügen, da die unvermittelte Befreiung der Sklaven unmöglich erscheine.

— An die Vorkommnisse im Erpresserprozesse Lebaudy knüpft Rochefort die Besorgnis für die Aufrechthaltung der militärischen Geheimnisse, welche bedroht seien, wenn die Salons des Kriegsministers sich Leuten wie Cesti und die Brüder Cirey öffneten.

— „Autorité" bespricht die Reise des Präsidenten Faure nach dem Süden Frankreichs und meint, der Präsident habe sich bei allen ehrlichen Menschen eine moralische Verurteilung zugezogen, da er sich für die Propaganda subversiver Ideen hergegeben habe. Er sei von den Opportunisten der Kammer gewählt worden, welche in ihm einen Feind der Revolutionäre zu finden hofften. Und dennoch habe er zweihundert Senateren, die ihn gewählt hätten, in seiner Gegenwart beschimpfen lassen. Faure sei eine Beute der Sozialisten geworden und werde bald mit denselben fallen.

— Hier verlautet, daß sich der französische Botschafter beim Vatikan, Graf Lefebre de Behaine, nach Ablauf seines verlängerten Urlaubes gegen Ostern wieder auf seinen Posten begeben werde. In politischen Kreisen herrscht die Annahme vor, daß Graf Lefebre jedenfalls bis zum nächsten päpstlichen Konsistorium in seiner bisherigen Stellung verbleiben werde.

— Der „Temps" verzeichnet ein mit Bestimmtheit umgehendes Gerücht, wonach der gegenwärtige Seinepräfekt Poubelle für einen wichtigen diplomatischen Posten ausersehen sein soll. Man glaubt, er würde zum Botschafter in Berlin ernannt werden.

— („Kreuzztg.") Kaum ist der Präsident der Republik nach Paris zurückgekehrt, so ist er auch schon der Gegenstand noch heftigerer Angriffe als bisher. Der „Figaro" überschreibt seinen zwei Spalten langen Leitartikel mit den vielsagenden Worten „Der Gefangene". Gleich nach der Wahl Faures, so erzählt das Blatt, triumphierten die Gemäßigten über die Niederlage des radikalen Brisson, seines Gegenkandidaten. Aber ein Sozialist spottete: „Jawohl, ihr seid Sieger, aber ihr werdet euren Sieg noch bedauern, denn er beraubt euch der Macht. Wir haben Casimir-Perier gestürzt, ohne eine bestimmte Anklage vorzubringen, lediglich mit Zeitungsartikeln und Reden. Gegen seinen Nachfolger haben wir ernstere Waffen. Er weiß es und wird demgemäß handeln. Wir fordern Bourgeois und werden ihn, in Erwartung eines noch Besseren, bekommen." Worin bestehen nun jene ernsteren Waffen? war die inzwischen von Hrn. Faure selbst gemachte Enthüllung von dem Makel, der an seinem Schwiegervater haftet, damit gemeint oder noch anders? Wie dem auch sei, der „Figaro" behauptet, jener Soziale sei ein guter Prophet gewesen, und berichtet nun — offenbar mit starker Übertreibung! — mit welcher Geringschätzung der Präsident der Republik von seinen Ministern behandelt werde. Anfangs habe er bei den Ministerberatungen mitsprechen wollen, das habe man ihm aber so gründlich abgewöhnt, daß er, selbst als Herr Mesureur den sozialistischen Charakter des Kabinetts verkündete, stumm geblieben sei. Auch auf der Reise sei er völlig eine Gliederpuppe in den Händen des Hrn. Bourgeois gewesen, genau das ausführend, was dieser ihm befohlen habe. Der Konseilpräsident, der sich Herr fühle, habe dem Volke

---

darüber, und schon aus diesem Grunde wird bei diesen kaum größere Erwärmung eintreten. Außerdem aber wird bei meinen Fahrzeugen die Gashülle nicht unmittelbar von den Sonnenstrahlen getroffen, sondern es ist eine von ihr abstehende äußere Wand vorhanden, unter welcher man die Luft beliebig hindurchstreichen lassen kann. Auch daran ist gedacht, daß die durch Regen und Schnee eintretende Mehrbelastung ausgeglichen wird. Nun die genügende Festigkeit zu geben, wäre an sich nicht schwierig, wenn nicht das weitere Erfordernis einer erheblichen Fahrgeschwindigkeit eine möglichst schlanke Gestalt des Fahrzeuges bedingte. Je schlanker, desto rascher die Fahrt, aber auch je schlanker, desto zerbrechlicher der Bau! Schnelle Fahrt mit genügender Festigkeit zu verbinden, das ist die Klippe, an welcher bisher alles Streben, gebrauchsfähige Luftschiffe herzustellen, gescheitert ist.

Zweimal schienen auch meine Arbeiten ihr erliegen zu sollen. Auf Grund meiner eigenen ersten Zeichnungen machten sich meine Ingenieure, erst der frühere Direktor der Maschinenfabrik Karlsruhe, Hr. Theodor Groß, dann Hr. Kober, der jetzt hier in München weilt, an die Arbeit des eigentlichen Konstruierens. Nach Verlauf von etwa zwei Jahren erklärte der letztere eines Tages, es gehe nicht, er möge es versuchen, wie er wolle, immer komme ein Mehrgewicht über den Auftrieb von ungefähr 1400 kg heraus. Da ermöglichte ich die Einführung eines Gerüstträgers in die Konstruktion, und mit erneutem Mut und hoch anzuerkennender Freudigkeit und Ausdauer zeichnete und berechnete Hr. Kober wieder darauf los. Nach kaum drei Monaten konnte er mir melden: „Jetzt geht's." Aber es sollte noch ein zweiter Niederbruch folgen. Schon hatte die zur Prüfung meines Projektes vom Königl. preußischen Kriegsministerium eingesetzte Kommission nach der ersten Kenntnisnahme meine Entwürfe für nicht ausführbar gehalten, als ihr Mitglied Hr. Prof. Müller (Breslau) nach eingehenderer Prüfung erklärte, die Horizontalversteifung des Ballons und die Knickfestigkeit der Gurtungen seien ungenügend, welchen Fehlern nicht abzuhelfen sei, ohne das Fahrzeug für den Flug viel zu schwer zu machen. Ich glaubte, diesem Fehler durch Anwendung eines leichteren Motors, des Daimlerschen Benzinmotors, der unterwegs eine bedeutend an Gewicht sparende Konstruktion erfahren hat, abhelfen zu können, und hatte den Erfolg, daß Hr. Prof. Müller sich nunmehr voll befriedigt erklärte. Dagegen befindet sich die Kommission mit mir hinsichtlich der Fahrgeschwindigkeit bei Anwendung dieses leichteren Motors in einem bedeutenden Widerstreit. Während sie nur 5 m per Sekunde berechnet, rechne ich 12,5 m heraus.

Redner versuchte danach in längerer sachlicher Ausführung, gestützt auf die zustimmenden Gutachten von Fachautoritäten und die Ergebnisse neuerer Versuche, die Richtigkeit seines Rechnungsergebnisses zu beweisen.

Damit glaube ich, fuhr Graf Zeppelin fort, die Besprechung alles wesentlichen an meinen Fahrzeugen erschöpft zu haben. Wenn alles stimmt, so würden sie thatsächlich verwirklichen, was die Menschheit so lange erstrebt hat. Mit einer Geschwindigkeit von über 1000 km im Tage würden sie mehr als eine Woche lang dahinschweben. Dabei würde ihre Fahrt weit sicherer sein, als diejenige der Seeschiffe, denn weder Stürme noch Klippen wären ihr gefährlich. Ich überlasse es dem praktischen Überlegen eines jeden, sich auszudenken, welchen Nutzen solche Fahrzeuge dem Weltverkehr jeder Art bringen müßten, der Post, der Schiffahrt, der Kriegführung, der Erforschung des Erdenrundes bis in das Innerste der noch unaufgeklärten Weltteile, bis an die eisstarrten Pole, bis in die Tiefen des Meeres, denn auch da hinein dringt der Blick von oben. Dieses schöne Bild wird wahrscheinlich wie eine Fata Morgana verrinnen, wenn meine Worte nicht ein kräftiges Echo in deutschen Herzen finden. — Der Vortragende schloß mit der Bitte, sein Werk durch Übernahme von Gutscheinen zu fördern. („M. N. N.")

§ **Musikalien.** Breitkopf u. Härtel in Leipzig kündigen in dem soeben erschienenen, mit Glucks Bild geschmückten Mitteilungen Nr. 45 die demnächstige Herausgabe einer neuen, sorgfältig revidierten Partitur von „Orpheus" an, dieser noch heute beliebten Oper, in der Gluck zum ersten Male mit seinen durchgreifenden Reformplänen hervortrat. Mit diesem Werk findet die Prachtausgabe der Glückschen Hauptopern vorläufig ihren Abschluß. Allgemeineres Interesse bietet ein neues Unternehmen, „Musik am preußischen Hofe, mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers und Königs aus den Musikschätzen der Königl. Hausbibliothek zu Berlin herausgegeben von E. Theurer". In zwangloser Folge soll eine Auswahl des Interessantesten in verschiedenen brauchbaren Einrichtungen dem musikliebenden Publikum aller Welt zugänglich gemacht werden. Die ersten Nummern enthalten Kompositionen von Friedrich dem Großen, seinem Flötenlehrer Quantz, von der Königin Luise und Bocherini. Drei neue durch Aufführungen erprobte Opern werden jetzt im Klavierauszug veröffentlicht: Franz Curti wählte das reizende japanische Märchen „Lili-Tsee" von Wolfgang Kirchbach, welches zuerst im Hoftheater in Mannheim aufgeführt wurde und demnächst im Hoftheater in Dresden und am Stadttheater in Frankfurt a. M. aufgeführt werden wird. Walter Damrosch zeigt in seiner dreiaktigen Oper „Das Brandmal", daß die Geschichte Amerikas dem Dramatiker wie dem Musiker fruchtbare Stoffe zu bieten vermag. Frederic H. Cowens „Harold" (Text vom früheren Berliner Botschafter Sir Edward Malet) schließt sich verhältnismäßig eng an die historischen Begebenheiten der Eroberung Englands durch die Normannen an. — Die neue instruktive Ausgabe von Hellers und Henselts ausgewählten Klavierwerken dürfte von der musikpädagogischen Welt freudig begrüßt werden. Stephen Heller darf neben Chopin und Schumann als Jugendromantiker gelten. Auch aus Henselts Werken ist das für den Unterricht Passendste von Heinrich Germer sorgsam ausgewählt und bezeichnet worden. — Überraschend ist die Fülle von Frühlingskompositionen; nicht weniger als 17 Seiten füllt damit der Breitkopf u. Härtelsche Verlag, der wie den alten Meistern so auch den zeitgenössischen Komponisten sein Interesse zuwendet. Das zeigen unter anderen die Werkverzeichnisse und kurzen Biographien vom Universitätsmusikdirektor Prof. Dr. Ernst Naumann in Jena und einem beachtenswerten jungen englischen Komponisten Granville Bantock in London. — Die für den Anschauungsunterricht vortreffliche neue Gesangschule von Mason, Feidler und Unglaub gelangt demnächst zum Abschluß; anderseits ist eine Bibliothek älterer Orchestermusik, eingerichtet vom Musikdirektor Prof. Dr. H. Kretzschmar, ins Leben gerufen. — Die beifällig aufgenommenen Neuen Flugblätter, welche volkstümliche deutsche Lieder mit bildlichem Schmuck seitens hervorragender deutscher Künstler enthalten und zum billigen Preis von 10 Pf. für das Stück abgegeben werden, sind neuerdings wesentlich bereichert, wie auch Breitkopf u. Härtels Kunstverlag in Homers Odyssee mit 40 Originalkompositionen von Friedrich Preller ein Volksbuch im edelsten Sinne bietet.

Litteratur. „Das zweite Geschlecht". Roman in drei Bänden (Berlin 1896, Otto Janke) nennt sich ein neues Buch des gewandten Erzählers Fedor v. Zobeltitz, das, in der Gegenwart spielend, alle Ansprüche an Spannung und Überraschung und darüber hinaus auch einige höhere Anforderungen an Charakterzeichnung und Lebenswahrheit erfüllt. Der Roman setzt sogar sehr hübsch und lebensvoll ein, die Schilderungen der nächtigen Fahrt des jüngeren Grafen Dornach, das Gelage der jungen Offiziere bis zum hellen Morgen, die Geburtstagsfeier der Gräfin Agnete haben einen frischen Hauch gutbeobachteter Wirklichkeit und weichen von der Bescheidenheit der Natur zu Gunsten der spezifischen Romanwirkung nur um ein weniges ab. Auch im weiteren Verlaufe der rasch dahinfließenden Abenteuer finden sich noch genug einzelne Scenen, in denen der Verfasser Lebenskenntnis und die Fähigkeit unverkünstelter Wiedergabe alltäglicher wie außerordentlicher Geschehnisse zeigt. Nur schade, daß die Erfindung auf eine Reihe von geheimnisvollen, höchst abenteuerlichen Voraussetzungen aufgebaut ist, die, je näher der Schluß kommt, um so ungestümer ihr Recht heischen, enthüllt und zu Ende gefühlt sein wollen und damit den Verfasser immer mehr aus der Bahn des Wahrscheinlichen und natürlich Wirksamen herausdrängen. „Das zweite Geschlecht" ist eine Gruppe von jüngeren Menschen, die entweder unter den Vorurteilen oder unter den Sünden ihrer Väter zu leiden